

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

22. April 1925

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Vormüts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der bayerische Abfall.

Reichstagsabgeordneter Leicht gegen Hindenburg.

München, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Welle des Widerspruchs gegen die unter der Diktatur Heims erlassene Hindenburg-Parole der Bayerischen Volkspartei wird allmählich zur Sturmflut. Jeder Tag bringt dafür neue Belege aus allen Teilen des Landes. Am Mittwoch werden zwei Rundgebungen bekannt, die um der Persönlichkeiten willen, von denen sie ausgehen, für die Entscheidung der Wähler der Volkspartei am 26. April von ganz besonderem Gewicht sein werden.

Der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, Domkapitular Leicht in Bamberg, lehnte in einer Versammlung vor hervorragenden Parteimitgliedern Oberfrankens im katholischen Kasino in Bamberg Hindenburg glatt ab, während er die persönlichen, politischen und kulturellen Verdienste von Marx hervorhob.

Die Thesen vom Marxismus in der Rechtspresse seien nur auf Stimmentgang berechnet. Von der Versammlung wurde in einer eingehenden Aussprache allgemein anerkannt, daß der Beschluß der Parteileitung in München nichts weniger als glücklich gewesen sei. Die Gefahren einer Reichspräsidentenschaft Hindenburg wurden in folgenden Punkten zusammengefaßt: 1. Ein Mann von 78 Jahren, der 60 Jahre lang Soldat gewesen, kann seinen Beruf nicht mehr mit Erfolg wechseln. Hindenburg, der sich eingestandenemmaßen niemals um Politik gekümmert hat, wird dem verantwortungsvollsten Posten in der deutschen Politik niemals gewachsen sein. 2. Wenn Hindenburg Präsident wird, ist zu befürchten, daß der alte Herr das Werkzeug einiger weniger Rechtslehrender sein wird. 3. Hindenburg, der langjährige Vertrauensmann der Hohenzollern, der Preuße in Reinzucht, wird für uns Bayern bestimmt weniger übrig haben als Marx; ersterer will ein Großpreußen, letzterer ein Großdeutschland. 4. Die ausländischen Pressestimmen zeigen, daß die Kandidatur Hindenburg als ein Ausleben des alten preussischen Militarismus aufgefaßt wird. Der völkische Spruch, daß man nach dem Auslande nichts zu fragen hätte, ist Unsinn.

Die Versammlung wurde geschlossen mit der Feststellung, daß für einen Katholiken die Gewissensbedenken, einem Manne wie Marx das Vertrauen zu verlegen, größer sind als die Nichtentfaltung der nur anempfohlenen Parteizucht.

Zur gleichen Zeit hat der Vorsitzende des Bayerischen Priestervereins, Domprobst Stähler in Regensburg, in einer Zuschrift an das Präsidium der katholischen Arbeitervereine Bayerns sich mit der Auffstellung Hindenburgs durch die Bayerische Volkspartei nicht einverstanden erklärt und das Eintreten der katholischen Arbeitervereine für Marx lebhaft begrüßt. In gleichem Sinne sind auch von vielen Bezirksgruppen der Partei Zuschriften an die Zeitung der katholischen Arbeitervereine in Bayern gerichtet worden.

„Vollste Harmonie und Loyalität.“ Der Reichsblock gegen sein Wahlmaterial.

Es ist aber ebenso festgestellt worden, daß, nachdem die Entscheidung gefallen war, sämtliche beteiligten Gruppen und Personen jetzt in vollster Harmonie und Loyalität und mit gleichem Eifer und Hingabe zusammenarbeiten.

So steht zu lesen in der komischen Beschwichtigungsproklamation des Reichsblocks, die den Krach im Reichsblock verberaert. Die „Zeit“, das Organ der Volkspartei, gibt dies Verlegenheitsprodukt kommentarlos wieder. Vollste Harmonie und Loyalität! In der „Nationalliberalen Korrespondenz“, der Parteikorrespondenz der Volkspartei, aber steht zu lesen:

„Der Vorwärts“ bringt in Nr. 96 Auszüge aus dem angeblichen Wahlmaterial des Reichsblocks. Darin wird Herr Marx persönlich in scharfer Weise angegriffen und u. a. als Reichstanzler der uns „verfälschenden Dawes-Politik“ bezeichnet.

Zu den Veröffentlichungen des „Vorwärts“ haben wir zu erklären: Der Reichsblock hat nur einen einzigen Redeentwurf herausgebracht mit der Ueberschrift „Verfall oder Aufbau?“ (Drucknummer 210.) In diesem Entwurf befindet sich kein einziger der vom „Vorwärts“ zitierten Sätze.

Sollte aber eine der dem Reichsblock angeschlossenen Parteien von sich aus tatsächlich Material verfaßt haben, das die vom „Vorwärts“ zitierten Behauptungen und Angriffe gegen die Regierung enthält, so würden wir das aufs schärfste verurteilen. Der Reichsblock selbst und auch die Deutsche Volkspartei würden die Verantwortung dafür in aller Form abzulehnen haben.

So geht es, wenn die Deutschnationalen im Reichsblock die Führung an sich gerissen haben und sie nicht wieder abzugeben gedenken! Dann machen sie, was sie wollen, und Herr Stresemann hat nur noch die Fußstapfen einzustreuen. Wir sind auf die „schärfste Beurteilung“ wirklich gespannt. Die Deutsche Volkspartei gegen das Wahlmaterial ihrer unbestrittenen Führung im Reichsblock: welche Harmonie und welche Loyalität, welcher Eifer und welche Hingabe!

Sie halten sich selber für verrückt.

Wer die Tätigkeit des Reichsblocks seit der Entstehung des Loebell-Ausschusses verfolgt, und seine Verfahrenheit und

Direktionslosigkeit in den letzten Tagen beobachtet, muß diese Leute für, gelinde gesagt, ein wenig verrückt halten. Wenn sie untereinander reden, sagen sie sich das selbst ins Gesicht. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt unter der Ueberschrift „Die wahren Saboteure“:

„Ein Teil der Rechtspresse sucht ausgerechnet in den Kreisen des Reichsblocks nach Saboteuren der Kandidatur Hindenburg. Diejenigen, welche diesem sonderbaren politischen Sport huldigen, machen sich keine Gedanken darüber, wie ihr Vorgehen innerhalb und auch außerhalb des Reichsblocks wirken muß. Zweifellos wollen sie nicht durch ihren Ruf „Verrat“ Verwirrung im Reichsblock hervorrufen, sondern glauben in ihrer naiv-kindischen Weise diejenigen, die sie für säumig halten, durch öffentliche Verdächtigungen zu größerem Eifer anspornen zu können. In dieser Weise betätigt sich nach wie vor Herr Dr. Desterreich in der „Börzenzeitung“, dann aber auch das „Deutsche Tageblatt“ u. a. m. Wir wollen aber hier auf die Dinge nicht näher eingehen, da es sich zweifellos um trankhaste Erscheinungen handelt, für deren Behandlung nicht die Politiker, sondern der Arzt in Betracht kommt.“

Na also, wenn sie untereinander sich schon selber für verrückt erklären — wer kann dann einem vernünftigen Menschen noch zumuten, auf ihren Leim zu kriechen? Vollste Harmonie und Loyalität in der Verrücktheit!

Todesurteile im Tschekaprozess.

Neumann, Stoblewski, Voegel zu Tode verurteilt.

Im Tscheka-Prozess verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil:

Neumann wegen Mordes in einem Falle, Verabredung in 6 Fällen, Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 und 5 des Republikshubgesetzes zum Tode, 8 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe.

Voegel wegen Mordes in einem Falle, Verabredung in 6 Fällen und Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 und 5 des Republikshubgesetzes, zum Tode, 7 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Stoblewski wegen Anstiftung zum Mord in einem Falle und 5 Fällen von Verabredung zum Mord zum Tode, zwölf Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet.

Margies wegen Beihilfe zum Mord in einem Falle, Verabredung in fünf Fällen zu 15 Jahren Zuchthaus, 500 M. Geldstrafe, Ehrverlust auf 10 Jahre aberkannt und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Morsner zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe.

König zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe.

Dienert zu 5 Jahren einen Monat Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe.

Lesniffe (Ehemann) zu 1 Jahre Gefängnis und 100 M. Geldstrafe.

Lesniffe (Ehefrau) zu 6 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe.

Neus zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe.

Hake zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Hallup zu 2 Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.

Janors zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Sjon zu 8 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Mayer zu 6 Jahren Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe.

Ruhls zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Die Begründung teilen wir auf der zweiten Seite mit.

Generalleutnant gegen Feldmarschall.

„Widerstand gegen erneute Vetörung.“

Die Schuld Hindenburgs und Ludendorffs an dem Zusammenbruch Deutschlands ist bekanntlich auch von vereinzelt deutschen Offizieren rückhaltlos anerkannt worden. Zu ihnen gehört der Generalleutnant a. D. Otto Vöfler, von dem die folgenden Worte stammen:

Für den Zusammenbruch trifft gewiß die ursächliche Verantwortung die Führung. Aber eine Schuld liegt auch auf dem Volke. Es hat sich treiben und von einer lauten Stimmungsmache ungetrübt belären lassen. Diese Stimmungsmache ist mit fast verwegener Eifer wieder am Werk. Wenn ihre Strömung richtunggebend wird, zieht sie — nach innen wie nach außen — rettungslos in den gleichen Sturz.

Davor muß in Sorge um unser todwundenes Volk und unser verfallenes Vaterland die warnende Stimme erhoben werden. Für unsere Rettung ist eine ruhige Entwicklung die erste Voraussetzung. Ohne sie geht es in das Verderben. Das ruft zu besonderem Widerstand gegen erneute Vetörung auf. Dazu braucht man nur die wahren Ursachen des Zusammenbruchs nicht zu vergessen.

Diese Worte stehen in der Schrift des Generalleutnants Vöfler „Die Ursachen des Zusammenbruchs. Eine Warnung

vor neuem Sturze!“ Sie sind vor fünf Jahren geschrieben, gelten aber heute noch mit verstärkter Kraft. Wann wäre „Widerstand gegen erneute Vetörung“ nötiger gewesen als eben jetzt?

Pariser Einzugsmarsch. Hindenburgs Revancheträume.

Die Welt ist bekanntlich zum Wahlkampf auf den Kopf gestellt. Die größten Hezer verwandeln sich in harmlose friedfertige L. bürger. Niemals hat der Reichsblock Revancheanwandlungen gehabt. Hindenburg ist kein General, sondern ein braver Zivilist im Gehrock und wer an seiner Friedensliebe zweifelt, ist ein Landesverräter. Wie jeder, der nicht deutschnational ist, vor Tisch hörte man's anders. Im hannoverschen „Volkswillen“ finden wir die folgenden Worte aus Hindenburgs Rede an die Musiker der Peiner Stadtkapelle, die er im Sommer 1924 begrüßte. Damals war er noch nicht Zivilist, sondern noch General und deshalb sprach er:

„Ihr seid alles junge Leute und habt mir den Pariser Einzugsmarsch so gut gespielt. Ich hoffe aber, daß Ihr den Pariser Einzugsmarsch auch einmal da spielen werdet, wo er hingehört, an Ort und Stelle und wo ich schon 1870 gewesen bin.“

Welcher Hindenburg ist nun edel? Der General des Jahres 1924, der hofft, daß die Musiker der schönen Stadt Peine bei Hannover den Pariser Einzugsmarsch in Paris spielen mögen oder der Zivilist des Jahres 1925, der — frei nach Tirpitz — den europäischen Frieden bringen will?

Friedrich-Ebert-Straße in Berlin. Neue Budapest-er Straße im Westen.

Der Magistrat von Berlin hat in seiner Sitzung am 22. April dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die Budapest-er und Sommerstraße in Friedrich-Ebert-Straße umzubenennen, zugestimmt. Er hat aber beschlossen, dem Teil des Kurfürstendamms zwischen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und der Cornelius-Brücke den Namen Budapest-er Straße zu geben.

Eine neue Enttäuschung für Hindenburg. Die Sparer geben die Stimmabgabe frei.

Dem Hypothekengläubiger- und Sparererschuttsverband wird uns geschrieben:

„Die Delegiertenversammlung des Hypothekengläubiger- und Sparererschuttsverbandes für das Deutsche Reich (Spareibund), Berlin W. 68, Wilhelmstraße 49 II, hatte in ihrer Sitzung vom 4. April d. J. folgende Entschlüsse gefaßt:

„Da der zweite Wahlgang eine Entscheidung bringen muß, glaubt der Verband, die Parole der Stimmenthaltung für den zweiten Wahlgang nicht wiederum ausgeben zu können und überläßt die Stellungnahme im zweiten Wahlgang dem freien Ermessen jedes Mitgliedes.“

Vorstand und Betrat haben diesen Beschluß in der Sitzung am 21. d. M. endgültig bestätigt. Der Spareibund erwartet, daß jedes Mitglied am 26. April seiner Wahlpflicht durch Stimmabgabe genügt und ohne Gewissenszwang den Mann wählt, von dem es die Ueberzeugung hat, daß er die Rechte der Sparer, Rentner und Gläubiger nach Recht und Gerechtigkeit, Treu und Glauben wahrnehmen wird.“

Im ersten Wahlgang hatte die Sparerorganisation trotz ihrer ausgesprochen rechtseingestellten Leitung sich gezwungen gesehen, die Parole der Stimmenthaltung auszugeben, weil nach dem Auftreten der Deutschnationalen im Reichstag kein Mensch mehr darüber im Unklaren sein konnte, wo die größten Feinde der Aufwertung saßen.

Marx im Rheinland. Riesenversammlungen in Neuwied und Koblenz.

Koblenz, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsidentschaftskandidat des Reichsblocks, Reichstanzler a. D. Wilhelm Marx, erlebte am Dienstag bei seiner Fahrt durch das Rheinland geradezu einen Triumphzug. Er legte die Fahrt von Köln nach Koblenz mit dem Automobil zurück: Ueberall begeisterter Empfang. Zu vielen Tausenden waren die Anhänger der republikanischen Parteien in Neuwied und Koblenz zusammengeströmt, von Rhein, Mosel und Lahn, vom Westerland, von der Eifel und vom Hundsrück. In Neuwied hörte eine Riesenversammlung der Rede von Marx mit Begeisterung zu. In Koblenz erwarteten unzählige Tausende den Kandidaten des Reichsblocks an der Schiffbrücke. Auf dem Wege zum Versammlungsort wurden Marx laut Kundgebungen verehrt. Die Schiffshalle war überfüllt. Zu 3000 Menschen im Saal und ebenso vielen am anstehenden Gortien sprach Marx, häufig von tosendem Beifall und Zustimmungsrufen unterbrochen. Genosse Kleinmeyer, der nach Marx sprach, erntete ebenfalls starken Beifall und feuerte die Versammlung zu einem begeisterten Gelächter an, für den Sieg der Republik am Wahltag alle Kräfte aufzubieten.

Die Masse feierte Marx mit Begeisterung. Auf ihn und auf die Republik wurden Hochrufe ausgebracht und unter dem Klang rheinischer und republikanischer Weiber nerst sich die Masse in Festtagsstimmung.

Vertrauensvotum für Poinlevé.

Mit 304 gegen 218 Stimmen.

Paris, 22. April. (Eigenes Drahtbericht.) Die Kammerdebatte ist nach zehntägiger Dauer mit der Annahme eines Vertrauensvotums mit 304 gegen 218 Stimmen für das neue Ministerium beendet worden. Für das Ministerium haben geschlossen die vier Gruppen des Linksblocks gestimmt. Die Haltung der Sozialisten begründete Leon Blum in einer kurzen Rede, in der er erklärte, daß die Partei das Ministerium Poinlevé zu unterstützen gedenke, wie sie das Ministerium Herriot unterstützt habe, nicht nur wegen der persönlichen Beziehungen, welche die Partei mit dem Chef der neuen Regierung verknüpft, sondern vor allem wegen der Gemeinsamkeit, wenn nicht der Auffassungen, so doch des politischen Willens. Diese Haltung der Sozialisten bedeute jedoch keineswegs Verzicht auf ihre eigene Politik, die sie nach wie vor mit größter Energie im Parlament und vor dem Lande verteidigen werde. Die Opposition habe erneut den Kampf, den sie seit 10 Jahren gegen die Führer der republikanischen Parteien führe, in aller Schärfe wieder aufgenommen. In diesem Kampf werden die Sozialisten zur Regierung stehen. Wenn die Regierungserklärung selbst in der Mehrheit vielleicht einige Bewirung ausgelöst habe, so habe die Haltung der Rechten in der Debatte bewirkt, daß die Lage volle Klärung gefunden habe. Die Sozialistische Partei werde in enger Zusammenarbeit mit der Regierung fortfahren, die Politik durchzuführen, für die sich die Wähler am 11. Mai entschieden haben.

Eine Rede Briands.

Im Laufe der Debatte, in der auch Herriot gesprochen hatte, kam Außenminister Briand auch auf den Völkerverbund zu sprechen und sagte über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund: Wenn Deutschland wie die übrigen Nationen im Völkerverbund sitzen wird, sind die Aussichten dafür, daß der Friede nicht mehr gefährdet wird, wesentlich größer. Was aber von schwerwiegender Bedeutung ist, das ist die Tatsache, daß gewisse große Kräfte immer noch außerhalb einer gemeinsamen Gruppierung bleiben und sich dieser Gruppierung entgegenstellen. Daran entstehen die Gewitter.

Briand erklärt, daß Frankreich gegenüber Deutschland alle Vorbehaltmaßnahmen ergreifen, daß es aber auch dabei auf das äußerste bemüht sein werde, die öffentliche Meinung der Welt nicht zu beunruhigen, denn die gesamte Welt habe das Bedürfnis nach Frieden und Ruhe, damit sie arbeiten könne.

Bulgarien und das Ausland.

In Bulgarien regiert, zumal seit dem fürchterlichen Attentat, tatsächlich eine Militärdiktatur, deren Repräsentanten der Kriegsminister Wolkoff und der General Gassareff sind. Vor mehreren Wochen hat die bulgarische Regierung durch den Hinweis auf innere Gefahren die Erlaubnis der Entente erlangt, das zwangsweise in der Höchstzahl beschränkte Heer um 3000 „Freiwillige“ zu ergänzen; nach dem Attentat hat sie die Entente gebeten, ihr nochmals eine Heeresvermehrung von 10 000 Mann zu gestatten und das Hochkomitee soll dazu bereit sein.

Ob Militär, Gendarmen, Polizei und was es sonst noch an bewaffneter Regierungsmacht in Bulgarien geben mag, wirklich nicht ausreichen, um einen Umsturz zu verhindern, der die durch Umsturz zur Herrschaft gelangte Militärdiktatur stürzen würde, läßt sich von hier aus nicht entscheiden. Jedenfalls ist die Regierung Zankoff noch am Ruder und sie läßt Maßnahmen in der Richtung vornehmen, über die man wohl erst in einiger Zeit Genaueres erfahren wird. Der König Boris soll, weil er Einbeziehung der gemäßigten Opposition in die Regierung wünscht, im Abtast eingesperrt und an der beabsichtigten Auslandsreise verhindert sein.

Die längst zur Erhaltung ihres Lebens nach Südslawien geflüchteten ehemaligen Bauernminister Dhoff und Theodoroff, die in bulgarischen Meldungen als Führer einflussreicher Emigrantenverbände in Südslawien hingestellt werden, richten folgenden

Hilferuf an die Westmächte:

Erbiten Intervention im Interesse der Menschheit. Regierungstruppen haben gestern 5000 neue Verhaftungen vorgenommen, 500 Personen wurden unverzüglich standrechtlich erschossen.

Die südslawische Regierung erläßt folgende bezeichnende amtliche Kundgebung:

Infolge der Gewalttätigkeiten in Bulgarien verbreiten bulgarische Kreise unaufhörlich Gerüchte, wonach eine terroristische Aktion geführt würde, um Unruhen und Bürgerkrieg herbeizuführen und auf diese Weise der südslawischen Armee zu ermöglichen, die Grenze zu überschreiten und Bulgarien zu besetzen.

Es ist überflüssig, diese Behauptungen zu dementieren, die an sich so wenig ernst zu nehmen sind, daß kein vernünftiger Mensch ihnen Glauben schenken kann. Unser Heer dient ausschließlich der Verteidigung des Landes, und unsere Regierung hat bis jetzt genügend Beweise für ihren Wunsch erbracht, auf dem besten Fuß mit ihren Nachbarn zu leben. Unser Staat hat beständig gute Beziehungen mit Bulgarien unterhalten, obgleich

auf bulgarischem Gebiet und unter den Augen des amtlichen Bulgarien Attentate und blutige Angriffe von Räuberbanden auf unser eigenes Gebiet vorbereitet worden sind. Trotz der beständigen Herausforderungen haben unsere amtlichen Vertreter niemals ihre Kaltblütigkeit verloren, sondern haben jedes Abenteuer vermieden.

Wenn es auch verständlich ist, daß die tiefe Erregung, die sich infolge der letzten Ereignisse aller Kreise Sofias bemächtigt hat, zu gewissen Uebertreibungen Anlaß geben konnte, so ist es nicht desto weniger notwendig, der Empfindlichkeit der Nachbarn Rechnung zu tragen, die so viele Beweise ihrer friedlichen Politik gegeben haben und weiterhin geben.

Sitzung der Sobranje. — Der Innenminister greift Südslawien an.

Sofia, 22. April. (E.P.) Gestern um 4 Uhr begann die Sitzung der Sobranje, die das Regierungsdekret über den Belagerungszustand genehmigen sollte. Ministerpräsident Zankoff führte aus, daß durch die blutigen Ereignisse der letzten Zeit, durch die die besten Söhne Bulgariens den Tod gefunden haben, die Regierung genötigt sei, den Belagerungszustand zu verhängen; der Ministerpräsident schämte sich, weil dieses Attentat von Bulgaren ausgeführt wurde, die vom Ausland bezahlt worden sind. Innenminister Rusjoff erhob Beschuldigungen gegen die südslawische Gesandtschaft. Er teilte mit, daß der Kirchenbeamte bei der Untersuchung gestanden habe, daß der Kapitän Mikoff, der Hauptattentäter, ihm erklärt habe, nach dem Attentat würden die Teilnehmer der Verschwörung bei der südslawischen Gesandtschaft Reisepässe bekommen. Der Sobranje genehmigte hierauf das Regierungsdekret und verzog sich bis zum 6. Juni.

Ob außer den Ministern jemand gesprochen hat, geht aus dieser Meldung nicht hervor.

Monarchist Hindenburg.

Ein Brief Hindenburgs an den Kaiser.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte am 12. September 1922 folgenden Brief Hindenburgs an den Kaiser:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser! Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Für den von Eurer Majestät am unseligen 9. November auf Grund des einstimmigen Vorschlags sämtlicher befugter Berater gefaßten Entschluß, ins Ausland zu gehen, trage ich die Mitverantwortung. Wie ich bereits früher näher begründet habe, drohte ernstlich die Gefahr, daß Euer Majestät über kurz oder lang von Neuleuten aufgehoben und dem inneren oder äußeren Feind ausgeliefert würden. Solche Schmach und Schande mußte dem Vaterlande unter allen Umständen erspart werden! Aus diesem Grunde habe ich im Vortrag am 9. November nachmittags in anfechtender aller Namen den Uebertreiff nach Holland, den ich damals übrigens nur für einen vorübergehenden hielt, als äußersten Ausweg empfohlen.

Noch heute bin ich der Ansicht, daß dieser Vorschlag der richtige war. Daß ich am 9. November abends zur sofortigen Abreise gedrängt habe, ist ein Irrtum, der färslich gegen meinen Willen öffentlich erwähnt worden ist. Für mich besteht kein Zweifel darüber, daß Euer Majestät nicht abgereist wären, wenn Allerhöchstdieselben nicht geglaubt hätten, daß ich in meiner Stellung als Chef des Generalstabes diesen Schritt für den im Interesse Eurer Majestät und des Vaterlandes gebotenen ansehe. Schon in dem Protokoll vom 27. Juli 1919 ist ausgesprochen worden, daß ich von Eurer Majestät Abreise erst Kenntnis erhielt, nachdem sie ausgeführt war.

Eurer Majestät bitte ich am Schlusse dieser Darlegung ehrenbietigst nochmals zu versichern, daß ich mein Leben lang in unbegrenzter Treue zu meinem Kaiser, König und Herru gestanden habe und stehen werde

und daher auch immer und überall die Mitverantwortung für den Entschluß am 9. November zu tragen gewillt bin.

In tiefster Ehrfurcht und größter Dankbarkeit verharre ich allezeit als Eurer Kaiserlichen und königlichen Majestät alleruntertänigster

von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Hannover, 28. Juli 1922.

Dieses Dokument spricht deutlicher als alle bisherigen Osterbotschaften und Sonntagsreden des Generalfeldmarschalls. Dieser Brief beweist alles andere als die Eignung Hindenburgs zum Reichspräsidenten der deutschen Republik. Der Präsident der Republik muß ein Republikaner sein, also gehört an die Spitze des Staates der Kandidat des Volksblocks,

Wilhelm Marx!

Hoch die Republik!

Wer hätte das gedacht, daß es so schnell bergab gehen würde — mit unsren „Gegnern“ nämlich, in den Wählerversammlungen? Noch im Dezember, bei der Reichstagswahl, wagte sich doch einmal ein politischer Selbstmordkandidat als Debattebetreiber hervor, um wenn auch keine Beisitzer zu verpassen, so doch wenigstens die Ehre seiner — „Volks“partei (natürlich!) zu retten. So, und im Mai vorigen Jahres, als der alte Inflationsschlingel eingegangen war (und ein neuer gewählt wurde): du lieber Gott, es gehörte nicht nur politische Erfahrung und eine Rednergabe, sondern direkt auch persönlicher Mut dazu, in unsern Wählerversammlungen als Referent aufzutreten. Versammlungsstrenge, gestimmte Rednerpulte, Schlagereien unter der Parole Hakenstern und Sowjetkreuz gehörten mit zur Tagesordnung, wenn sie auch von der Versammlungsleitung nicht genehmigt waren. Wir mußten noch kämpfen für unsere Ueberzeugung. Heute brauchen wir nur noch die Kämpfer überzeugen. Sie stellen sich freiwillig als Streiter für die Republik, ohne Zwangsaushebung, wie bei Wermüssen und Stahlhelmen (mit der kleinen Hummer!) und ohne Androhung von politischer Todesstrafe, wie bei den Wostawitschen. Die Republik ist in Gefahr! Der Marmus genügt, um auch politisch Gleichgültige wahrzurichten. Die Republik ist in Gefahr gegen Hindenburg: Es kann ja auch niemanden geben, der das nicht versteht. So haben's auch unsere Redner verhältnismäßig leicht. Material liefert der Rechtsblock wirklich im Ueberfluß; seine Leute müssen den Brand im eigenen Hause löschen und sind für den „Außendienst“ (es sei denn zum Einammeln von „Wahlbeiträgen“) nicht frei. Und dann müssen auch gelegentlich die eigenen Versammlungen vollgemacht werden — nach dem Rezept: Es kommt wieder einer angefrömt — um dem Herrn Exkandidaten Jarres für seine eigene Rednerrede als Hintergrund zu dienen. Die noch überlebenden Kommunisten — wo sind sie denn? Wo sind denn die „Vorkämpfer des Marxismus“ mit ihren „Sympathisierenden“ und ihren „Massenbewussten Unorganisierten“? — Schall und Rauch! Verklingen und verfliegen —! Sie gingen hin und sangen nicht mehr. Aber die Demokratie und die Republik leben, leben als Massenbewegung, die im Volke wurzelt und zu der sich das Volk bekennen wird.

Die gestrigen Wählerversammlungen.

In Biesdorf sprach gestern in einer gut besuchten Wählerversammlung für die Demokraten Wagner und für die Sozialdemokraten Genossin Luise Köhler. Darbietungen des Biesdorfer Arbeitergesangsvereins leiteten die Kundgebung ein. Die Versammlung war von dem einstimmigen Willen getragen, für den Präsidentschaftskandidaten des Volksblocks — der deutschen Republik — für Wilhelm Marx mit ganzer Kraft einzutreten. In treffenden Worten wurden die verhängnisvollen Folgen einer etwaigen Präsidentschaft Hindenburgs, der Marionette der Schwerindustrie und der Großgrundbesitzer, geschildert. Mit der Parole, am 26. April einzig und allein für einen wahren Republikaner, der auch mit dem Herzen bei der Sache ist, für Wilhelm Marx zu stimmen, schloß die Versammlung. Reichsbanner hatte den Saalstuh übernommen, so daß es nirgends zu Störungen kam.

In einer gleichfalls gut besuchten Wählerversammlung in Mahlsdorf, Süd sprach Genosse Krille. „Die Marx — dort Hindenburg.“ Niemand hat die Rechte provozierender mit einem Militär wie Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten an die Öffentlichkeit treten können wie in diesem Augenblick. Die Reaktion rechnet auf die Sentimentalität des deutschen Michels. Sie soll aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Das wird die Wahl des Volksblockskandidaten Wilhelm Marx beweisen. Nicht auch auf die Wahlmüden ein, denn jeder Republikaner gehört am 26. April an die Wahlurne. Hier Republik — dort Monarchie! Seht alles für Wilhelm Marx, den Mann mit dem wahren republikanischen Gesicht, ein und gebt nur ihm eure Stimme. Mit einem Hoch auf die SPD, schloß die eindrucksvolle Versammlung. Auch hier hatte das Reichsbanner den Saalstuh übernommen.

Nationalistische Wahlanschreitungen.

Der Rechtsblock veranstaltete gestern abend im Lehrervereinshaus eine Wahlkundgebung, die sehr dürrig besucht war und in der wiederum noch allbekannter Manier ganz unmaßig geheizt wurde. Vor Beginn der Kundgebung überfiel ein Zug von etwa 150 uniformierten Rechtsblocklern eine Propagandaabteilung des Reichsbanners. Die Abwehr der angegriffenen Republikaner war aber eine so nachhaltige, daß die monarchistischen Strauchritter in kürzester Frist ihr Heil in wilder Flucht suchten. Hierbei zog ein völkischer Kowdie einen Revolver und feuerte einen Schuß auf die Bannerleute ab, glücklicherweise ohne jemanden zu verletzen. Das heimtückische Attentat des nationalistischen Gesellen brachte das Publikum begreiflicherweise in helle Erregung. Leider gelang es nicht, den Revolverhelden polizeilich feststellen zu lassen. Nach Versammlungsschluß provozierte ein etwa 200 Mann starker Zug der Rechtsblockler, der aus dem Lehrervereinshaus kam, das größtenteils republikanische Straßenpublikum. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Polizei mußte eingreifen und nahm einige Sittlerinnen vor. Es gab mehrere nicht unerhebliche Verletzungen.

Den Vater erschossen.

Eine Familientragödie in Friedenau.

Ein bisher noch unaufgeklärtes Familiendrama spielte sich gestern abend in Friedenau ab. Der 54 Jahre alte Rentner Paul Diebel am Dürkerplatz 4 zu Friedenau, der mit seinem verheirateten Sohne, dem 30 Jahre alten praktischen Arzte Dr. med. Johann Diebel, zusammenwohnte, wurde von diesem nach einer Auseinandersetzung erschossen. Der alte Diebel, der durch die Inflation sein Vermögen verloren hatte, fühlte sich in dem Abhängigkeitsverhältnis von seinem Sohne nicht wohl und war sehr nervös geworden. Die Folge war, daß er mit dem Sohne ständig in Unfrieden lebte. Wie schon öfter, so kam es auch gestern abend gegen 8 Uhr, angeblich durch den Vater, der wiederholt Drohungen ausgestoßen haben soll und auch eine Schußwaffe besaß, in den Zimmern des Rentners zu einem heftigen Zusammenstoß. Der Sohn fühlte sich schwer bedroht und gab auf den Vater einen Pistolenschuß ab, der diesen tot zu Boden stredte. Ein Arzt konnte nicht mehr helfen. Beamte des 171. Reviers nahmen den Sohn vorläufig fest. Ob er, wie er behauptet, in der Notwehr gehandelt hat, ist noch Gegenstand der Ermittlungen, die Kriminalkommissar Weigt vom Polizeiamt Schöneberg leitet. Dr. Diebel wurde einstweilen in Haft behalten.

Warum hat Berlin kein Fremdenverkehrsamt?

Es geht nichts über die deutschnationale Kommunalpolitik im Berliner Rathaus und über die Verlogenheit, mit der sie betrieben wird. In der „Nationalpost“ wird eine heftige Polemik „aus Kreisen des Detailhandels“ veröffentlicht, in der entrüstet darüber geflagt wird, daß Berlin „immer noch nicht“ ein Fremdenverkehrsamt hat und daß die Durchführung der der Öffentlichkeit mitgeteilten Pläne immer noch aussteht. Es wird gefragt, „welche Widerstände hier am Werke“ seien. Der „Nationalpost“ können wir nur empfehlen, sich an die deutschnationale Fraktion im Reichstag zu wenden. Sie und die Fraktion der Deutschen Volkspartei sind hier wie überall die Bremsklötze, an deren Widerstand jede vernünftige Sache scheitert. Im vorliegenden Fall hat der deutschnationale Vorstoß des Hotelierverbandes, Herr Hampe, seine Fraktion mobilisiert und mit dem lächerlichen Hinweis auf eine angeblich drohende „Sozialisierung des Hotelgewerbes“ gegen die Pläne des Magistrats Stellung genommen. Wenn der blödsinnige Schlachtruf „Sozialisierungsgefahr“ ertönt, kann natürlich die Volkspartei nicht hinter den Kettern des Privatigentums zurückbleiben und so setzen die vereinigten Antimarkisten der beiden Reichsparteien mit einer Zufallsmehrheit im Rathaus Ausschlußberatung durch. Die Folge ist, daß der zur Hebung des Berliner Fremdenverkehrs außerordentlich wichtige Plan des Berliner Magistrats um Wochen und Monate verzögert wird. Das sind die Widerstände, verehrte „Nationalpost“, schreiben Sie doch bitte an Ihre Freunde aus den Kreisen des Detailhandels, daß die Deutschnationalen selber Schuld sind.

Einsturz der Notbrücke am Lehrter Bahnhof.

Ein Brückeneinsturz, der leicht schwere Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich heute vormittag an der Notkebrücke in unmittelbarer Nähe des Lehrter Bahnhofs. Neben der Notkebrücke, die bekanntlich wegen ihrer Bauartigkeit erneuerungsbedürftig ist, wird eine Notbrücke errichtet. Diese war bereits über den Kanal montiert, als aus bisher noch ungeklärten Ursachen die stark verstellten Bohlen genau in der Mitte der Brücke wie Streichhölzer einknickten. Nach Aussagen des Bauführers sollen alle bautechnischen Maßregeln vorgehoben gewesen sein. Die Ursache des Einsturzes muß erst eine genaue baupolizeiliche Untersuchung ergeben. Arbeiter sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Eine Monatspflanzen- und Blumenschau. Im großen Saal des Ingenieurhauses, Berlin, Sommerstr. 40, veranstaltet am Donnerstag, den 23. April, 7 Uhr, die Deutsche Gartenbauvereinsleitung, Berlin, Sonnenstr. 42, anlässlich ihrer Monatsversammlung eine Monatspflanzen- und Blumenschau. Zu dieser Veranstaltung, in deren Rahmen Gartendirektor Fritz Jahn, Abteilungsleiter an der Lehr- und Fortbildungsschule für Gartenbau zu Dahlem, einen Vorkurs über „Die Blüanze als Schmuck für Straße und Haus“ hält, hat jedermann freien Zutritt.

Im Luftschiff über den Atlantik.

„Los Angeles“ auf den Bermuda-Inseln gelandet.

Capehart, 22. April. (Durch Funktspruch.) Das Luftschiff „Los Angeles“ hat mit einer Mannschaft von 50 Köpfen einschließlich der Beobachter und acht Tsd Post seinen Flug nach den Bermuda-Inseln angetreten. Die stärkste Bemannung, die das Luftschiff bisher an Bord hatte, betrug 43 Mann.

Ein weiteres Telegramm meldet: New York, 22. April. Das Luftschiff „Los Angeles“ ist nach ungefähr zwölftägiger Fahrt heute nacht auf der Insel Bermuda angekommen.

Zwei Kinder durch ein Auto getötet.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern nachmittag in dem Dorfe Landwehrhagen bei Hannoverisch-Münden. Vier Kinder wurden dort von einem Kraftwagen überfahren. Zwei Kinder waren auf der Stelle tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt. Wie das Unglück geschehen konnte, ist noch nicht geklärt. Das Automobil, das einer Kaffee- und Wurstfabrik gehört, fuhr nach übereinstimmenden Bekundungen von Augenzeugen in mäßigem Tempo. Es wich jedoch plötzlich vom geraden Wege ab und fuhr in eine Gruppe von Kindern hinein, die am Gartenzaun eines Gehöftes standen. Der Wagenführer wurde festgenommen und nach Münden gebracht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis-Tennishof, Karlsruher, Karlsruher, Wilmersdorf, Die Sitzung des Reichsbanner-Komitees findet heute nicht statt.
14. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
15. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
16. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
17. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
18. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
19. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
20. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
21. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
22. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
23. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
24. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
25. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
26. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
27. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
28. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
29. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.
30. Ullrich, heute Mittwoch 8 Uhr Generalversammlung Schule, Finkenberger Str. 7.

